

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Erscheinungsort und verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brunnenstraße 11, 1. Etage.

Vertrieb: Einzelgen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 4.
Belegungs-Preisliste Nr. 3202.

Inhalt: Der Kampf um den Arbeitsvertrag. — Arbeitsvertrag und Werkvertrag. — Arbeiterbewegung: Streiks, Ausbesserungen, Mahnungen, Verordnungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterleben, Subventionen etc. — Lebenshaltung und Lebenshaltung der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen. — Aus anderen Berufen. Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1901. — Politik und Gerichte. — Wirtschaftsleben. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen.

Der Kampf um den Arbeitsvertrag.

I.

Überflächlich betrachtet, mag es seltsam erscheinen, von einem Kampf um den Arbeitsvertrag zu sprechen, von dem Kampfe um eine Institution, die mit der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung gegeben, in ihr begründet und durch sie ausdrücklich anerkannt ist. Gehen wir jedoch näher auf die Sache ein, so finden wir, daß auch in diesem Punkte, wie in so manchem anderen, ein gewaltiger Unterschied ist zwischen einer anerkannten Rechtstheorie und der praktischen Bewährung derselben im wirtschaftlichen Leben, oder, deutlicher gesagt: daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Wirklichkeit noch durchaus nicht der Vertragstheorie entspricht, welche die rechtliche Gleichheit beider Teile zur Voraussetzung hat; daß die Arbeiter vielmehr genötigt sind, für die Ausgestaltung dieses Verhältnisses im Sinne des Rechtes und der Prinzipien der Rechtswissenschaft umzustreiten zu kämpfen.

Wenn näheres Eingehen auf unser Thema gelangen wir zu dem Kernpunkt der modernen Arbeiterfrage, der Arbeiterbewegung, der Bestrebungen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und -Kollation.

Wirdings ist der Arbeitsvertrag an sich, in seinem einfachsten rechtlichen Charakter genommen, nicht eine Erwerbsquelle der modernen Zeit. Er hat als Rechtseinrichtung seit dem grauen Altertum und bei allen Kulturvölkern bestanden in dem Sinne, daß jemand, der mehr oder weniger freie Verfügung über seine Arbeitskraft resp. die Verwertung derselben hat, sie unter gewissen Bedingungen gegen ein entweder ausdrücklich vereinbartes oder durch autorisierte Satzungen, Verordnungen etc. geregeltes resp. vorgeschriebenes Entgelt — Geld- oder Naturallohn, Vergütung etc. — in den Dienst eines Anderen stellt. Man kann sagen, daß insofern die Begriffe „Arbeitsvertrag“ und „Dienstvertrag“ sich decken.

Im Altertum, so in Rom, bestand neben der Sklaverei, die die bedingungslose Unterordnung des ganzen Menschen mit dem ganzen Maße seiner Rechte und Fähigkeiten unter die Willkür eines Herrschers bedeutete, das vertragsrechtliche Verhältnis zwischen den freien Handwerkern und sonstigen freien Arbeitern und solchen Leuten, die ihrer Arbeitskraft bedurften.

Dasselbe war der Fall im Mittelalter neben der Leibeigenschaft und Sklaverei, für die rechtlich ein bedingter und beschränkter Zwang zur Arbeitsleistung gegen oder ohne Entschädigung bestand. In dieser Periode war allerdings das Verhältnis von Arbeiter und Arbeitgeber wohl gesetzlich geregelt, aber man betrachtete es als selbstverständlich, daß es ein Abhängigkeitsverhältnis sei. Gerade die Zeit war allein und durchaus, später vorwiegend, neben der obrigkeitlichen Gewalt die zünftlerische Handwerkerorganisation für die Befestigung des Arbeitsvertrages maßgebend. In der Mäßigkeit des aus rein demokratischem Geiste heraus entwickelten Zunftwesens war die Willkür der Arbeitgeber, der Zunftmeister, bei Festlegung der Arbeitsbedingungen eine verhältnismäßig

sehr beschränkte. Jedenfalls konnte die willkürliche Entschädigung der einzelnen Arbeitgeber hinsichtlich der Festlegung von Arbeitszeit und Lohn sich nicht geltend machen. Diese Festlegung war vielmehr abhängig von der Entschädigung der ganzen Zunftgenossenschaft. Soweit die lediglich von der Meisterschaft entworfenen Statuten der Zünfte Vorschriften über Lohn und Arbeitszeit enthielten, waren dieselben nicht Sühn der Arbeiter, sondern Regulierung der Konkurrenz der Zunftmitglieder.

Das charakteristische des Arbeitsvertrages jener Zeit bestand darin, daß er ein kollektiver, für alle Glieder der zünftlerischen Organisation gleichmaßen geltender war.

Aber dieser Zustand dauerte nicht lange. Der Wille der Handwerkerzünfte folgte bald der inneren Verfall. Es bildete sich mit der Meisterschaft eine neue bedrückende Klasse, ausgerüstet mit Ausbesserungsprivilegien, sich aus, von der sehr bald ein eigentlicher Lohnarbeiterstand mit besonderen Interessen, Anschauungen und Bestrebungen und bemächtigt auch einem besonderen Koalitionsbedürfnis sich abschied. Und dieser eigentliche Lohnarbeiterstand nahm eine immer festeren Gestalt an, und sein besonderes Koalitionsbedürfnis trat immer stärker hervor, je mehr die Zünfte infolge des Auflösens der Gewerbe und des Handels aus Organisationen zum Schutze der Arbeit, die sie ursprünglich waren, Institutionen zur profitablen Kapitalanlage wurden.

Bereits um die Mitte des 14. Jahrhunderts trat der Arbeitsvertrag der Interessengegenpart zwischen Meister und Gesellen deutlich erkennbar hervor. Dieser Gegensatz setzte naturgemäß da ein, wo es sich für die zünftlerischen Arbeitgeber um mögliche Ausbeutung ihrer Gesellen handelte, bei Festlegung der Arbeitsbedingungen. Die Meisterschaft machte sich das Recht an, Lohn, Arbeitszeit, Vergütung etc. durchaus willkürlich zu bestimmen. Der schärfste Geist des Arbeitsvertrags entwickelte sich, eines Herrschens, das in der wirtschaftlich von ihm abhängigen Lohnarbeiterschaft ein rechtloses, seiner „Autorität“, seiner willkürlichen Entschädigung hinsichtlich der Arbeitsbedingungen unbedingt und unter allen Umständen unterworfenen Element liegt.

So begann in den Zünften, zwischen Meister und Gesellen, der Kampf um den Arbeitsvertrag; entgegen dem Anspruch der Meisterschaft auf willkürliche Regelung des Arbeitsverhältnisses machten die Gesellen das Recht geltend, dieses Verhältnis mit den Meistern zu vereinbaren, unter der Voraussetzung, daß diese Vereinbarung bindende Kraft für beide Teile im Ganzen habe.

Schon Ende des vierzehnten und Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts widersetzten sich die Gesellen der einzelnen Zünfte sich einmütig der Ausbreitung unangünstiger Arbeitsbedingungen durch die Meisterschaft. Es entstanden die Gesellenbrüderschaften, die den Koalitionen der Meister nachgebildet waren und in Deutschland, Frankreich und England sich rasch entwickelten. Ihr Streben war auf Erringung und Wahrung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, insbesondere auf genügende Löhne und Vergütung, sowie anständige Behandlung gerichtet. Schon Anfang des 16. Jahrhunderts ergingen die Meister sich in schmerzhaften Klagen, daß die Gesellen in ihren besonderen Genossenschaften unter dem Vorwande, sich zu geselligen und Unterhaltungswecken zu vereinigen, Verbindungen eingingen, um Lohnsteigerungen zu erzielen. Auch auf Verweise der Meister, die Gesellenbrüderschaften zu unterbrechen, stößen wir bereits in jener Zeit.

Schon damals gab es eine erhebliche, stetig anwachsende Zahl von Gesellen, die niemals Aussicht

hatten, Meister zu werden. Ehemaligen Zunftgenossen, mit der Anwartschaft auf Selbstständigkeit, wurde aus den Gesellen nimmermehr ein besonderer Stand. Die Meister mißbrauchten die erlangte Unabhängigkeit der Zünfte, um zur Sicherung ihres Erwerbsprivilegs und zur Beschränkung der Konkurrenz die Bedingungen des Meisterwerdens zu erschweren und die große Mehrheit der Gesellen zu dauernder Lohnknechtschaft zu verurteilen.

Damit entstand die Arbeiterfrage, indem der gesonderte Arbeiterstand ganz naturgemäß besondere Bedürfnisse geltend machte, besondere Ansprüche erhob, Rechte und Freiheiten verlangte und genötigt war, dafür zu kämpfen. Die Hauptwaffe in diesem Kampfe war der Streik. Das Mittel der Arbeitseinstellung war im 14., 15., 16. und 17. Jahrhundert zweifelsohne weit wirksamer als heute, denn damals, bei der Abgeschlossenheit und dem zünftlerischen Charakter der Gewerbe, war es nicht so leicht, streikende Arbeiter zu ersetzen, zumal die Gesellenorganisation eine eiserne Disziplin übte. Bei einem im Kampfe um den Arbeitsvertrag durch die Gesellenverbände „geschloßenen“, d. h. in Beruf erklärten Meister, durfte kein braver Geselle Arbeit nehmen. Selbst „geschloßen“ wurde der Geselle, welcher die Verbandsregeln verletzte; dann durfte kein anderer Geselle neben ihm arbeiten und kein Meister ihm Arbeit geben, bei Strafe, ebenfalls in Berufe erklärt zu werden. Der Geschloßene wurde durch Kaufleute von Ort zu Ort, von Land zu Land verfolgt, „aufgetrieben“, so daß er bei der Strafen und weitverbreiteten Organisation, welcher Kaufleute von wandernden Gesellen dienten, nirgends Arbeit, nirgends Ruhe fand.

Die Willkür der Meisterschaft in der „guten alten Zeit“ macht ersichtlich, daß auch damals bereits die Frage des „Schutzes der Arbeitswilligen“ für Arbeitgeber und öffentliche Gewalten eine brennende war. Letztere aber suchten den Arbeitswilligen und dem „Gesellen“ durch allerlei Verbordnungen zu begegnen. So wurde u. a. verfügt, daß wenn in einem Gewerbe ein Streit zwischen Meistern und Gesellen entstände, derselbe durch die Vorsteher des Handwerks beizulegen sei. Dester auch wurde den Meistern von der Obrigkeit eingeschärft, ihre Arbeiter angemessen zu behandeln, ihnen gute Kost, eine der Gesamtheit entsprechende Unterkunft, sowie ausreichenden Lohn zu geben. Gegen die Entschädigungen der Handwerksvorsteher wurde in der Regel den Gesellen die Berufung an Bürgermeister und Ältermänner eingeräumt. Wir haben darin das erste Beispiel von gewerblichen Schiedsgerichten für Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Im Zusammenhang damit gelangte man zu einer förmlichen behördlichen Regelung der Arbeitsbedingungen. Man stellte Lohnfragen auf, schrieb die Arbeitszeit, die Ruhepausen, das Maß und die Art der Bekleidung, die Räumlichkeitsfragen etc. vor. Alle diese Vorschriften waren selbstverständlich weit mehr dem Interesse der Meisterschaft als dem der Gesellen angepaßt; in der Regel stellten sie nichts Anderes dar, als die behördliche Sanktion dessen, was die Meister zu heillosen gereizt waren. Die Bedeutung des Kampfes um den Arbeitsvertrag wurde damit nicht erreicht. Derselbe entbrannte vielmehr immer heftiger. Die unerträgliche Voraussetzung, ihn mit Erfolg führen zu können, war für die Gesellen naturgemäß eine fast gägelbarte, dauernde, starke Organisation. Für die Entwicklung dieser Organisation war die wesentliche Triebkraft das immer stärker sich geltend machende Bedürfnis der Arbeiter, den Willkür kollektiver Arbeitsverträge mit der Unternehmer-Koalition

auswärtigen. Der leistungsfähigste Teil aus internationalen
Arbeitspotential — es liegt sich zum größten Teil aus Itali-
en und Rumänien zusammen, daneben sind allerdings auch
Schweizer, Belgier, Engländer, Polen, Tschechen, Ungarn, Griechen
der Unternehmer noch denselben Streikbrechern auch sehr
von den Niederösterreichern sind bisher nur 20 abströmig ge-
und andere brauchbare deutsche Arbeitskräfte haben sich in
zum größten Teil bei den Unternehmern immer noch nicht gefun-

die ehrvergeffen genug sind und ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Es werden deshalb immer erneute Anstrengungen gemacht, deutsche Streikbrecher angurbern. Vor uns liegt ein Brief des Rieker Unternehmers Ernst Frahm, den dieser an einen Maurer in Münster richtete. (Münster ist ein großer militärischer Übungsplatz in der Münsterer Gegend, auf dem alljährlich mehrere Hundert Maurer mit der Herstellung von Militärbauten beschäftigt sind.) Das Schreiben ist so interessant, daß wir es hier wörtlich wiedergeben wollen. Es lautet:

Es können bei mir noch fünf tüchtige Maurer für dieses Jahr Arbeit finden; ich gewähre Ihnen, wenn Sie bei mir vier Wochen in Arbeit gewesen sind, eine Reisevergütung von 10 pro Mann. Um Befähigungen seitens der Streikenden vorzubringen, geben Sie am besten Ihr Gepäck nach hier auf, und lasse ich es dann vom Bahnhof abholen.

Sie fahren am besten über Alneburg, Bühren, Schwarzenberg, Olshof, Neumünster-Riel, aber nicht über Hamburg.

Sollten Sie unterwegs gefragt werden, ob Sie Maurer sind, so ist dies zu verneinen und sich auf nichts einzulassen. Wenn Sie erst hier sind, so finden Sie genügend Schutz, auch arbeiten schon 800 Gefellen hier.

Teilen Sie mir Ihre Adresse und Ankunft an, so werde ich Sie hier in Empfang nehmen.

Ernst Frahm, Rieker, 28.
Das Abschreiben des Unternehmers ist mir wohl gewesen; die Kollegen in Münster haben die Ihnen zugeordnete Ehre dankend abgelehnt. Das Schreiben des Unternehmers, der es mit seinem Solidaritätsgefühl seinen Kollegen gegenüber für vereinbart hält, wenn er ihnen die Leute wegknüpft, zeigt aber zur Genüge, was es mit der Praxis ist von den vollständigen Bauten für eine Bewandnis hat. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß die Ausgesperrten noch so großem Kampfesmut und ein an eine Wideraufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen gar nicht denken.

Der Streik in Rüssel dauert unverändert fort. Die Stimmung der Kollegen ist immer noch als eine gute zu bezeichnen, obgleich es dem Unternehmer Puppel gelungen ist, neun „Arbeitswillige“ heranzuziehen. Wie es heißt, sollen dieselben aus Berlin sein. Es befinden sich darunter auch zwei Verbandsmitglieder. Einer derselben, Namens Theodor Köstling, Buch Nr. 149 806, ließ sich zur Abreise bewegen, während das andere Mitglied, Max Wilschlag, Buch Nr. 148 890, sich hierzu bis jetzt noch nicht begeben hat. Der Unternehmer Puppel hat geschworen, seinen früheren Leute wieder einstellen zu wollen, er will sie einfach auskuppeln. Der Unternehmer Meier scheint dagegen anderen Sinnes zu sein, er möchte wohl gerne seine alten Leute wieder einstellen, weigert sich aber auch, wohl aus Furcht vor der Konkurrenz, die Forderungen der Gefellen anzuerkennen.

Der Streik in Gollnow ist durch Vergleich beendet worden. Vereinbart wurde bis zum 1. Januar 1903 ein Stundenlohn von 83 1/2 bei elfstündiger Arbeitszeit; bei Landarbeit 5 1/2 Ausschlag pro Stunde; vom 1. Januar 1903 bis 1. Januar 1904 ein Stundenlohn von 85 1/2 bei zehnständiger Arbeitszeit und 5 1/2 Ausschlag bei Landarbeit. Die übrigen Forderungen, darunter auch „Anerkennung der Organisation“, wurden bewilligt.

Der Streik in Wittenberg hat bisher einen günstigen Verlauf genommen. Im Laufe der letzten Woche sind 36 Kollegen abgerückt, so daß im Ganzen 65 Kollegen den Ort verlassen haben. Zugewogen kamen sieben Maurer, wovon zwei die Arbeit annehmen. Bei Unternehmern, die die Forderungen bewilligen, arbeiten 12 Arbeiter, 29 Gefellen und 81 Lehrlinge. Die Zahl der Streikenden beträgt noch 60; vor dem Streik waren 159 Gefellen am Orte beschäftigt.

Die Differenzen bei dem Unternehmer P a g e l in Rottbus sind durch gegenseitige Unterhandlungen beigelegt. Die Arbeit ist am 18. d. M. wieder aufgenommen worden.

Den Unternehmern in Kolmar ist es nach vielen Vermählungen und wer weiß was für Versprechungen gelungen, zwei Kollegen zum Austritt aus dem Verbande zu bewegen. Es sind dies der frühere Kassierer August Wilschlag und der Kollege J. Konrad. Wölge ihnen ihr Unschick nie leid werden. Wenn die Unternehmer glauben, dadurch ihre Position gesichert zu haben, so irren sie. Die übrigen Kollegen sind nämlich fest entschlossen, auszuhalten bis zum endgültigen Siege.

Der Streik bei dem Unternehmer T i m p e in Calbe an der Saale dauert fort. Es hatte zuerst den Anschein, als ob es durch die Arbeitsniederlegung bei diesem Unternehmer zu einer größeren Aktion kommen sollte, da sich der Arbeitgeberverband in 11 Mittel legte und mit einer allgemeinen Ausperrung drohte, wenn nicht die Sperrre über das Timpesche Geschäft aufgehoben würde. Es kamen aber Unterhandlungen zu Stande, die zu einem beide Theile befriedigenden Ergebnis führten. Als daraufhin die Gefellen die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wurde ihnen bedeutet, daß sie sich zunächst ihre Invalidentarten wieder beschaffen müßten, die Timpes bei der Polizeibehörde eingeleistet hatte. Aus welchem Grunde Timpes dieses that, wurde nicht bekannt, aber die Entrüstung der Streikenden über diese alten Anschauungen von Recht und Moral ist's Gesicht schlagende Handlungsweise war so groß, daß sie nunmehr die Aufnahme der Arbeit verweigerten. Eine spätere Versammlung des Zweigvereins billigte das Verhalten der Kollegen und überließ es dem Arbeitgeberverband, sich mit der Handlungsweise Timpes abzufinden. Die Lohnkommission wurde jedoch beauftragt, etwaigen gewünschten Unterhandlungen Folge zu geben. Auf den Beschluß der Mitgliederversammlung betreffs Ausübung der Invalidentarten an die Polizeibehörde seitens Timpes ist dem Vorsitzenden der Lohnkommission von dem Arbeitgeberverband folgendes charakteristische Schreiben zugegangen:

Calbe, 11. Juni 1902.
An den Vorsitzenden der Lohnkommission der Maurer, Herrn Högel,

Calbe a. d. S.
Aus Ihrem Schreiben von gestern ersehe leider, daß die Herren Maurer immer empfindlicher werden, auch nicht die geringste Rücksicht auf die beiden anderen Meister nach dem doch bewiesenen Ungegenkommen nehmen. Ob dies nun von Ihrer Stellung aus gerade sehr fein ist, kann ich bei meiner Unwissenheit, die ja der Vorsitzende besonders hervorzuheben hat, natürlich nicht genau beurtheilen. Aber ich möchte wenigstens bitten, Ihre Worte von Recht und Moral für Ihre eigenen Handlungen einmal einer Prüfung zu unterwerfen. — Man weiß manchmal wirklich nicht, welche

Stellung Sie eigentlich einem Meister gegenüber in Gnaden einzunehmen. — Zur Sache. In der Kartenfrage ist Ihnen von Herrn Timpes mitgeteilt, daß Sie dieselben Montag Nachmittag zwischen 4—5 Uhr bei ihm in Empfang nehmen sollten, später seien dieselben von der Postzeit zu holen. In diese Handlung etwa ein Bedenken, wo Sie doch auch rücksichtslos gegen Herrn Timpes gehandelt haben? Die Karten sind zurück zu Herrn Timpes, die ich gesandt melde und ersuche u m g e h e n d u m kurzen Bescheid, ob Sie nun die Arbeit wieder aufnehmen wollen.

Weitere Verhandlungen lehnen wir ab.
J. A. S. Richter.

Der höhnische Ton, den hier Herr Richter den Gefellen gegenüber anzuschlagen beliebt, ist durchaus deplaziert, er wäre gegenüber seinem Kollegen Timpes besser am Platze gewesen. Dieser hat die ganze unersetzliche Situation verschuldet, indem er den bestehenden Vertrag brach und eine empfindliche Lohnkürzung vornahm, die die Gefellen sich nicht ruhig gefallen lassen konnten. Ein Bedenken war es freilich nicht, daß er die Invalidentarten der Polizei auskuppelte, aber „ob es von seiner Stellung aus sehr war“, dieses zu ihm, wagen wir mindestens zu bezweifeln. — In einer Mitgliederversammlung am 12. Juni wurde beschlossen, die Arbeit zu dem vertraglichen Bedingungen, wie sie bis dahin bestanden, wieder aufzunehmen. Sollten jedoch irgend welche Maßregelungen vorgenommen werden, so soll die Arbeit von Neuem eingestellt werden.

Der Streik in Jena dauert unverändert fort. Die Stimmung hat es bisher abgelehnt, sich dem Antrage der Streikenden auf Anrufung des Gewerkschafts als Einigungsamt anzuschließen. Aßt der übrigen Bauntennehmer haben die Forderungen bewilligt. Den Innungsmeistern ist es gelungen, etwa 25 italienische Maurer als „Arbeitswillige“ heranzuziehen. Den Unternehmern ist in ihrem Kampf gegen die Streikenden ein Bundesgenosse entstanden. Der zweite Bürgermeister, Dr. Wagner, hat das Streikverbot mit einer Verfügung beglückt, wonach er das Streikverbot nicht an „örtlichen Gründen des öffentlichen Wohls“ verleiht. Das Schriftstück lautet:

Der Gemeindevorstand
der Reichs- u. Universitätsstadt Jena, 10. Juni 1902.

Nachdem von den sogenannten Streikposten mehrfach Arbeitswillige befehligt worden sind, woraus sich sogar Schlägereien und Bedrohungen entwickelt haben, sehen wir uns veranlaßt, gegen die Streikposten vorzugehen, um weitere Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern.

Wir werden nicht allein auf Grund des § 860 Biffer 11 des Strafgesetzbuchs, sondern auch strengere Strafgesetze in Betracht kommen, sondern auch den einzelnen Posten auf Grund des Gesetzes vom 7. Januar 1854 das weitere Postenführen aus bringenden Gründen des öffentlichen Wohls verbieten.

Wir veranlassen Sie, die Posten einzuziehen.
Dr. Wagner, 1. Bürgermeister.

Wenn sich Arbeiter als Streikposten einen Vorstoß gegen gesetzliche Bestimmungen zu Schulden kommen lassen, dann können sie allerdings bestraft werden. Aber keine Polizei, auch nicht der Bürgermeister von Jena hat das Recht, das Postenführen der Streikenden an sich zu verbieten. Dies ist ein aus der Koalitionsfreiheit folgendes Recht der Streikenden. — In diesem Sinne hat auch das Reichsgericht entschieden, und der Bürgermeister von Jena wird diese Rechtslage anerkennen müssen.

Die Unternehmern in Königsberg haben ziemlich alle die Forderung der Gefellen anerkannt. Es haben bis Sonnabend, den 7. d. M., 88 bewilligt, bei welchen 870 Gefellen in Arbeit stehen. Bei 16 Unternehmern wird noch gestreikt; es waren dort vor der Sperrung 145 Kollegen in Arbeit. Von diesen befinden sich noch 82 im Streik; die übrigen sind zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten oder abgerückt. Bei den Innungsmeistern ist es noch nicht zur Einigung gekommen. Am 10. d. M. hat eine Sitzung des Innungsvorstandes und Gefellenausschusses stattgefunden. Die Vertreter der Arbeitgeber waren der Meinung, daß die Mehrzahl der Meister geneigt sei, den Lohn von 60 1/2 für die Arbeitsstunde vom 1. April 1903 ab zu zahlen. Für diese Dauerperiode werde es nicht möglich sein, die Gesamtheit der Innungsmeister dafür zu gewinnen, weil die Arbeiter zu niedrigen Löhnen angenommen sind. Schon aus diesen Gründen müßte von den Gefellen der Lohn für dieses Jahr erniedrigt werden, obwohl die Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben, weil schon 850 Gefellen zu den neuen Bedingungen arbeiten, vom Vorstande anerkannt würden. Der Vorstand werde aber dafür eintreten, daß wenigstens 478 1/2 für dieses Jahr gezahlt werden sollten. Von den Innungsmeistern konnte noch nichts Bestimmtes ausgehandelt werden, weil sich noch keine Versammlung damit befaßt hat.

Es wurde dann beschlossen, daß am 16. d. M. eine Innungsversammlung stattfinden soll, wo endgültig die Forderung noch einmal erörtert wird. Auch die Gefellen sollen sich bis dahin schlüssig werden, ob etwas von der Forderung abgesehen werden soll.

Seit dem Februar d. J. dauern in Posen die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Maurergefellen, ohne daß sich beide Theile bisher einig werden konnten. Von Seiten der Kollegen wurde alles Mögliche versucht, eine Verständigung herbeizuführen; aber immer lautete die Antwort: „Wir haben beschlossen, nichts zu bewilligen.“ Seit Freitag, 18. Juni, stehen nun die Kollegen im Streik. Die Verhandlung an demselben ist gut; nur sehr wenige Streikbrecher sind zu verzeichnen. Die Arbeitgeber haben durch ihr ablenkendes Verhalten unsere Kollegen, welche für die Organisation schwer zu gewinnen waren, in dieselbe hineinverleitet. Der Streik steht günstig, von 1009 Streikenden arbeiteten am zweiten Tage bereits 187 zu den neuen Bedingungen bei elf Arbeitsgebern, andere haben ihre Bewilligung zugestimmt. Die Streikleitung wurde von Bauherren bestimmt, die Arbeiter selbst zu übernehmen, was jedoch dankend abgelehnt wurde. Die Schachmacher und Geher unter den Meistern verstanden sogar den plumpen Trick, einen Bauunternehmer vorzuführen, um die notwendigen Arbeiten fertig zu bekommen; aber auch dieses Manöver wurde durchschaut. Diejenigen Unternehmer, welche sich zur Schwächung bedraugen ließen, müssen nun die Erfahrung machen, daß sie auch für ihre Arbeit keine Gefellen bekommen. Die Kollegen fordern einen Minimallohn von 45 1/2; bisher wurden 41, 42 und 43 1/2 gezahlt.

Aus Posen wird uns geschrieben: Seit die hiesigen Maurer die Arbeit wieder aufgenommen haben, ist von den „Arbeitswilligen“ bereits die größte Hälfte abgerückt. Etwa 45—50 dieser Leute stehen hier noch in Arbeit. Vorige

Woche machte sich ein Knapp-Entlassener zu Fuß auf den Weg nach Oppeln, nachdem sie vorher im Bureau der hiesigen Maurer vorgeprochen hatten und um je 60 1/2 Gehalt bettelten. Es wurde ihnen ein Bescheid, der sie veranlaßte, sich schleunigst zu begeben. Am unberechneten aber war Einer, der eines Tages im Bureau erschien und als Entlassener einfach die Gehalt zu Ende. Der Genosse Maurer Scholz langte vom Schacht an kräftiges, hiesiges Essen herunter — aber da hatte sich der streikende Herr schon verkurzt; er hatte sich auch über zu geringe Rummelung des „Meißelbes“ nicht zu beklagen brauchen. — Dem Kollegen Finster wurde ein Strafmandat zugestellt wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung. Das Strafmandat lautet auf eine Woche Haft und 4 1/2 Kosten! Es war mit einem Kollegen auf der Streifenstraße, wo Neubauten liegen, langsam auf und ab gegangen. Ein Polizeibeamter hatte wiederholt an die Befolgung auf seinem Recht und blieb verfallen. Es bestand außerdem auf natürlichem gerichtliche Entscheidung beantragt. Zu was Alles doch solche polizeiliche Verordnungen gut sind! — Der Neubau des hiesigen Stadtrath Loewenthal wird auch nach Beendigung des Streiks von den Arbeitswilligen weitergeführt. Diegenen Leuten liefert Herr Stadtrath J. gratis Mittagessen. Das Menu ist sehr abwechslungsreich: Einen Tag gibt es Kartoffeln und Speck, den anderen Speck und Kartoffeln, den dritten wieder Kartoffeln und Speck und so fort Tag für Tag. Hierzu kommen noch ein paar tüchtige Schoppen aus der Wasserleitung und als Magenstärker eine Pfeife Galkenwasser. So hat sich Mann polnisches guter Zuckerrüben! — Und die Herren Kapitalisten wundern sich, daß die Arbeiter nicht alle so zu aufrichten sind, daß sie im Gegentheil immer unzufriedener werden. Wie die Herren Kapitalisten durch ihre Maßnahmen der aufstrebenden Arbeiterkraft gegenüber die „Zufriedenheit“ fördern, das soll ihnen bei den nächstjährigen Wahlen zum Bauwerksrat gestrahlt werden. Wenn gewisse Herren bei der nächsten Wahl wieder „zum Kopf herunterfallen“ und um die Stimmen des „Brüder Arbeiter“ werben, dann sollen sie an ihre arbeitserfindlichen Verhältnisse während des Streiks erinnert werden.

Die Streikbewegung in Braunschweig nimmt immer größere Dimensionen an. Die Zimmerer befinden sich noch alle im Ausstand. Am Schluß der Berichtswoge sind 880 Maurer und 180 Bauarbeiter in Mitleidenhaft gezogen. Die Baugewerkschaft steht auf dem Standpunkt, daß sie verhandeln will, aber die Verhandlungen werden derartig in die Länge gezogen, daß binnen Kurzem ein gemeinsames Verhandeln ausgeschlossen ist. Die Stimmung wartet darauf, daß sie unbedingt zu Kreuze kriecht, aber die Haltung der Streikenden ist eine vorzügliche, so daß der Sieg auf unserer Seite sein wird. Die Unternehmern geben sich die größte Mühe, den außerhals Streikbrecher heranzuziehen, bis jetzt aber ohne Erfolg.

Versammlungen und sonstige Bewegung.
Bestellungen auf die Nr. 13 des „L'Operale Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 23. Juni, eingegangen sein. Später eintreffende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Aufschreien, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operale“: C. Regien, Hamburg-St. Pauli, Markstr. 15, 2. Et.

In Augsburg fanden in der Woche vom 2. bis 8. Juni fünf Maurerverbände statt, welche von der Bau-Borstandchaft München anberaumt waren, um die Maurer Augsburgs aus ihrem Schlage zu erlösen. Trotz reger Agitation waren die Maurer Augsburgs aus dieses Mal nicht zu bewegen, ihren Arbeitsstandpunkt aufzugeben und sich um ihre Interessen zu kümmern. Vier der Verbände (Weitzberg, Wittenberg, Wittenberg, Wittenberg) konnten infolge des schlechten Wetters überhaupt nicht abgehalten werden und fanden nur abendliche Versprechungen statt. Die Hauptversammlung, am Sonntag, den 8. Juni, im „Wittelsbacher Hof“ anberaumt, war von, sage und schreibe, 40 Kollegen besucht. Außerdem waren auch Angehörige anderer Gewerkschaften anwesend. Kollege Hart-Wächter sprach in dreizehnhundert Rede über das Thema: „Unser Kampf um's Dasein.“ Er führte aus, daß heutzutage wohl jeder Stand den Kampf um's Dasein zu führen habe, auch der Kapitalismus, welchem durch die fortschreitende Aufklärung der Arbeiterkraft der fruchtbarste Boden entzogen werde, auf welchem er bisher so üppig sich entwickelte, nämlich der Unterstand der Massen. Auch der sogenannte Mittelstand führe den Kampf um's Dasein, allerdings sei es ein ausweichender Kampf, da der Mittelstand unrettbar verloren sei und vom Großkapitalismus in rücksichtsloser Weise aufgefressen werde. Den schwersten Kampf habe allerdings die Arbeiterkraft zu führen. Derselbe sei aber nicht aussichtslos, sondern die Zukunft gehöre trotz Alledem uns. In scharfen, aber gerechten Worten geistete Kollege Hart die Brutalität der Augsburger Unternehmer, zugleich aber auch die Interesslosigkeit der Augsburger Kollegen. Genosse Bernthaler führte in der Diskussion ebenfalls aus, daß die Maurer Augsburgs durch ihre Interesslosigkeit dem Unternehmertum Handlangerdienste geleistet und die gegenwärtige Lohnreduzierung ermöglicht haben. Ein anwesender Zimmerer führte aus, daß durch den Individualismus der Augsburger Bauarbeiter die Löhne der Zimmerleute theilweise sogar schon bis zu 23 1/2 pro Stunde herabgedrückt seien. Nach einem kurzen Schlusssatz des Referenten, sowie Aufnahme einiger Kollegen in den Verband, wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Bochum schreibt man uns: Die christlichen Maurer von Bochum sind an der Arbeit. In Nr. 23 der „Baugewerkschaft“, Organ der christlichen Baugewerkschaften, welches sehr oft seine Spalten mit Schimpfen auf die bösen Genossen füllt, lesen wir unter Bochum, daß in Wittenberg eine öffentliche Maurerverammlung stattgefunden hat; dieselbe soll sehr gut besucht gewesen sein, jedoch fehlten die Genossen es durch (welche aus Bergarbeitern, Wärdern und Schülern bestand, wie die „Baugewerkschaft“ schreibt), daß das Bureau in die Hände der Genossen gelangte. Herr Schmidt, ein bekannter Arbeitswilliger, reichte über den Preis und Ruhen der christlichen Organisation. In seinem Meckel schimpfte er sehr über die einzelnen Mitglieder des Zentralverbandes,

Lüge und Verleumdungen seien die besten Bundesgenossen der Verbrecher, so behauptete er. In der Diskussion war es Kollege Schulmeister, welcher Herrn Schmidt die Mittelschuld machte, er habe im Jahre 1897 und auch 1899 als Arbeitswilliger gearbeitet. Herr Schmidt erwiderte, dieser Vorwurf sei ihm in diesem Jahr, in einer öffentlichen Versammlung zuerst von einem gewissen Strudmann in Rechnung gemacht worden. Dieser Strudmann ist aber derjenige, welcher die christliche Gesellschaft genau kennen gelernt hat und genau weiß, daß Herr Schmidt als Arbeitswilliger gearbeitet hat. Im Jahre 1897 wurde in Rechnung in einer öffentlichen Mauererversammlung beschlossen, am dritten Pfingstfesttag in den Zustand zu treten; Herr Schmidt ist sehr oft in den öffentlichen Versammlungen anwesend gewesen und hat gesteuert, daß geistlich werden sollte. Schmidt giebt an, er habe als Karrier gearbeitet und brauchte nicht zu streifen. Wenn Partikler während des Streiks arbeiten, ohne sich die Erlaubnis von der Streikkommission geholt zu haben, was sind sie dann? Im Jahre 1899 hat Herr Schmidt, und die ganze christliche Gesellschaft während des Streiks gearbeitet. Wie bezeichnet man dieses Verhalten? Heute fassen die Herren sich sehr gekränkt, daß der gewisse Strudmann ihnen ihre damalige Handlungsweise vor Augen führt. Herr Schmidt behauptet ferner, Strudmann sei ein charakterloser Mensch, er habe in dieser Versammlung einen großen Vertrauensbruch begangen und sei nicht ernst zu nehmen. Mit dem Vertrauensbruch hängt es folgendermaßen zusammen: Anfang des Jahres 1900 kam an einem Abend Herr Band, auch einer von den christlichen Herren, und hat Kollegen Strudmann, er solle ein Schriftstück anfertigen, welches den Unternehmern unterbreitet werden sollte, man habe eingesehen, daß der Lohn von 45 pro Stunde zu niedrig sei und wolle jetzt 60 pro Stunde verlangen. Strudmann wisse in diesen Angelegenheiten Bescheid, jedoch solle er seinen Namen nicht unter das Schriftstück setzen, Band wolle dann das Schreiben den Unternehmern im Namen der christlichen Organisation unterbreiten. In einer Mitgliederversammlung des christlichen Verbandes hat Herr Band sich seinen Kollegen gegenüber als den Verfasser des Schriftstückes bezeichnet und wurde ihm dafür das Lob seiner Kollegen zu Teil. Kollege Strudmann hat im Frühjahr in Essen bei einer Zusammenkunft mit den Kollegen von der Illgenau, in welcher auch Kollege Schmeling anwesend war, seine Handlungsweise den Kollegen mitgeteilt. Kollege Schmeling warnte den Kollegen Strudmann, er solle in seinem Verkehr mit den Christlichen recht vorsichtig sein. Strudmann hatte bald gefunden, daß Kollege Schmeling recht gehabt hatte. Im vergangenen Jahre kam der Fall König-Düsseldorfer. Die Christlichen beschwerten sich, daß Strudmann, wenn sie als Christen kommen, wird das Unternehmertum sofort in den Wind geschlagen. Klein, nein, Herr Herren, beim Geld das heißt die Christlichkeit auf, und wenn der Unternehmer täglich 100 Mal zur Kirche läuft, ein höherer Lohn muß erdrißeln werden. Nachdem die christlichen Mauerer in einzelnen Orten Poststellen gegründet haben, hat man in unserer Gegend die Löhne um drei und vier Pfennige pro Stunde reduziert; die Unternehmer wissen, daß die Mauerer sich untereinander belangen, darum zahlen sie niedrigere Löhne. Weil nun in unserer Gegend der christliche Verband nur vegetiert und trotz der Unterstützung des Herrn Schmidt und sonstigen die christliche Bewegung keine großen Fortschritte macht, verfällt man auf das Schimpfen über die bösen „Genossen“. Ob dieses eine christliche Handlungsweise ist, wissen wir nicht. Das Schimpfen ist ja diesen Mauerern angeboren.

Am Dienstag, 8. Juni, fand im „Colosseum“ die regelmäßige, ständige Mitgliederversammlung des Zweigvereins **Reinholdshausen** statt. Zunächst machte der Vorsitzende bekannt, daß sich seit der letzten Versammlung 46 Kollegen in den Verband haben aufnehmen lassen. Sodann wurde beschlossen, an der Fahnenweihe der Handels- und Transportarbeiter, sowie am Gewerkschaftsfest in Nordheim sich teilzunehmen zu beabsichtigen und wurden die nötigen Fahnenjunker gewählt. Referate gaben über den Entwurf des Jahresberichts, der die Gelellenausschüsse von der Zunahme dieses Jahr nicht zur Gelellenausschüsse herangezogen worden ist, wozu die Zunahme gesetzlich verpflichtet ist. Ein Gelellenausschüssmitglied gab dahingehend Aufklärung, daß dem Gelellenausschüssmitglied von der Zunahme nur ein Schreiben zugegangen ist, in dem die Namen der Prüflinge, sowie die Arbeitsplätze, zu jeder seine Arbeiten zu machen hatte, angegeben, daß aber, wie es in den anderen Jahren der Fall war, dem Gelellenausschüss keine Einladung zugegangen ist. Auch wurde schärfst darüber debattiert, daß der Sohn eines Leher Mauermeisters, welcher ebenfalls Mauerer gelernt hat und seine Prüfung zu bestehen hatte, seine Arbeit derartig schlecht gemacht hatte, daß dieselbe wieder abgebrochen werden mußte, worauf zwei Gelellen die Rede wieder aufnehmen mußten, und die Arbeit ist dann als Gelellensfalsch (1) abgenommen. Dies war auf dem Bau der Höheren Köcherstraße in Lebe. Es wurde ausgeführt, daß dies auch zu mehr zu tun sei, da der Betreffende doch aller Voraussicht nach später Meister werden wird und demnach auch Lehrlinge ausbilden wird. In der Versammlung wurde dann der Gelellenausschüss zum wiederholten Male aufgefordert, wenn es noch nicht geschehen sei, hiergegen sofort Protest einzulegen. Es wurde dann schärfst klage geführt, daß an dem Bau am Pilsenerstraße die Baubüro viel zu klein ist, ebenso in der Waldfstraße im Leher Freigeleit, wo auch gebaut wird, ist die Baubüro viel zu klein, auch ist nach Ausführung eines Kollegen der Markt bei Leher Bau in einem abgesehenen Zustand, auch für die dort arbeitenden Leute viel zu klein. Die genannten Bauten führt Mauermeister Hage auf. Bei der Vorführung der Lohnzahlung müssen die Leute bei dem wackelnden Meister Stunden lang vor dem Comptoir auf ihr Geld warten, was ebenfalls in der Versammlung zur Sprache kam. Es wurde von einigen Kollegen darauf hingewiesen, unter „Reinholdshausen“ wird ein Kollege darauf hingewiesen, in den nächsten Tagen sämtliche Mauerer im Reinholdshausen ausgespart werden und erinneren an einen hier schon früher gesagten Bescheid, welcher auch in anderen Zweigvereinen besteht, daß, wenn in einer Großstadt

sämtliche Kollegen ausgespart werden, ein Jeder am Orte anwesende Verwandte Kollege pro Woche 60 pro Unterführung in die Ausgesparten zu zahlen, das, um dem Unternehmertum wirksam entgegenzutreten zu können. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen noch in warmen Worten ermahnt hatte, tröstlich für den Verband einzutreten, wurde die sehr interessante verlaufene Versammlung um 11½ Uhr geschlossen.

Am Sonntag, 8. Juni, sollte in **Erstendorf** eine Mauerer- versammlung stattfinden, in der Kollege Berger aus Jüdisau einen Vortrag über die Lage des deutschen Bauhandwerks zu halten beabsichtigte. Nachdem sich eine Anzahl Mauerer und Zimmerer eingestellt hatten, sollte die Versammlung ihren Anfang nehmen. Kaum hatte der Einkäufer dieselbe eröffnet, als sich eine Anzahl Lehrer und Postamentenverleger (Zirkelunternehmer in der Postamentenindustrie) unter Einführung eines besonders schneidigen Herrn, der auch dem Lehrstand angehört, einfach und die Versammlung zu sprengen versuchte. Mit einem wahren Indianergetöse, Rufe, trampeln und Blaseflöten trübten sie ihren Zweck zu erreichen. Der Vortag war zeitweilig so groß, daß man glauben mußte, man befände sich in der Gesellschaft übergespannter Menschen. „Gute mein mein eiserne Stütze“ lautete einer der rufenden Reden. Alle Bemühungen des Einkäufers, Referenten und des Vortages, die Töbenden zur Ruhe zu bringen, blieben erfolglos. Der übermüdete Beamte löste deshalb die Versammlung auf. Unter Abführung des „Baus am Rhein“ zog dann die moderne Hummelstange ihres Weges. Wenn wieder einmal Tagd auf die Mauer in China gemacht werden sollte, dann würden wir diese Herren als dazu ganz besonders befähigt angeeignet empfehlen.

In **Reinholdshausen** fand am 7. Juni eine Mitglieder- versammlung statt. Nach dem ersten Punkt der Tages- ordnung: „Tatistik“, berichtete Kollege Buhl, daß bei 16 Meistern 101 Gelellen, 5 Junggelellen und 28 Lehrlinge arbeiten. Hieron sind 55 im Zentralverband, 42 im Lokal- verband und 6 im christlichen Verband organisiert; 3 Mann waren nicht organisiert. Der Lohn stellte sich auf 42½ pro Stunde. Die Junggelellen erhalten 40 pro Stunde, außerdem er- halten 3 Mann 40 pro Stunde und zu berechnen: 8 Reu- banten, 2 Umbanten, 6 Putzbanten, 2 Abbrüche und 6 Bauten, welche ausgeschaltet, aber noch nicht in Angriff genommen sind. Auf drei Bauten war kein Abbruch vorhanden. Unter „Reinholdshausen“ wurde die Lohnkommission beauftragt, auf den Bauten, wo die Verbandsmittelglieder die Mehrheit haben, die Lokalorganisationen aufzuführen, in den Zentralverband überzutreten. Sodann wurde der Kollege J. Nordbruch wegen rückständiger Beiträge ausgespart. Außerdem wurde be- schlossen, die Versammlungen jeden Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats abzuhalten. Demnach ist die nächste Versammlung am Dienstag, den 17. Juni, Abends 7½ Uhr, bei Kitzlar.

Eine am 8. d. M. in **Düsseldorf** stattgefundene öffentliche Mauererversammlung beschloß, nach einem Referat des Kollegen Huber über den schließlichen Eintrag der Bauten in den Kartenstich am 20. Mai d. J. folgende Resolution an den Herrn Vorübergeordneten gelangen zu lassen: „In Erwägung, daß der Unternehmer weder seine Mauerarbeiten größtenteils an die Partikler in Afford überträgt und aus- führen läßt, ist die Versammlung zu der Überzeugung ge- kommen, daß der Eintrag, wodurch zwei Menschenleben ver- nichtet sind, nicht allein dem zur Zeit herrschenden starken Binde, sondern zum größten Teil auf die mangelhafte und schlechte Ausführung zurückzuführen ist. Da an besagten Bauten die Veranlagerungen ungenügend, sowie andere Be- stände gegen die Regeln der Baukunst vorgekommen sind (z. B. sind Mauerer bis 4,50 Meter Höhe ausgeführt, ohne jegliche Verbindung mit den Seitenwänden), erwartet die Ver- sammlung auf Grund vorstehender Tatsachen, daß der Herr Vorübergeordnete den zuständigen Beamten, insbesondere den zu diesem Zwecke angestellten städtischen Bau- kontrolleuren, Unterweisung giebt, in Zukunft mehr als bisher darauf zu achten, daß nur gutes Material verwendet und sach- gemäß verarbeitet wird. Ferner erwartet die Versammlung, daß die am Orte bestehenden baupolizeilichen Bestimmungen strenger als bisher überwacht und durchgeführt werden.“

Am 8. Juni hielt der Zweigverein **Eintracht** eine regel- mäßige Mitgliederversammlung ab, welche annähernd gut besucht war. Zur Sprache kamen die jetzigen Verhältnisse im Bau- gewerbe am Orte. Die Bauhäufigkeit scheint eine mittlere zu werden. So wird, nachdem die Vergütung ihrer Verdienste entgegengestellt, ein Frankenhäus von einer Sächsischen Firma ge- baut. Leider sind bei Vergütung der Arbeit (sichere Submissions- blätter dabei herausgekommen. Eine Eintracht-Firma hatte den Bau mit 45.000 veranschlagt, während die Sächsischen Unternehmer denselben für 47.000 fertigstellen wollten. Wie sie dieses bewerkstelligen, sehen wir jetzt. Um die Herren Meister vor dem Reinfall zu schützen, hat sich ein Mauerer dazu her- gegeben, den Bau im Afford zu übernehmen. Der kapital- reichende Mann hat noch ein paar Freunde an der Hand, und mit diesen geht das Bistum los, während die anderen daran beteiligten Mauerer im Tagelohn arbeiten, jedoch mit den Affordmaurern gleichen Lohn ziehen müssen. Die Stunden- löhne sollten je nach Verdienste. So wurde einigen jungen Kollegen, welche erst angefangen hatten und mit den Affordbren nicht sich fühlten, die vielversprechende Antwort gegeben: „Wenn Ihr nächste Woche auch so viel macht, wie wir, erhalten Ihr etwas zugelegt.“ Öffentlich werden die Kollegen durch dieses Gebahren munter, schütteln ihre Gleichgültigkeit ab und treten der Sache energisch entgegen, indem sie diesem Schabernack ein Ende machen. Der Bau der Vergütung wurde von organisierten Sächsischen Mauerern im Afford gepußt, obgleich in Eintracht und auch in Halle der Beschluß gefaßt ist, keine Arbeiten im Afford fertigzustellen. Die Kollegen werden gebeten, das Ver- sammlungslokal fleißiger zu besuchen und den Bistum mehr zu unterstützen. (Der Schriftführer wird ersucht, bei der Wieder- schritt seiner Berichte nur scharfe Papier zu verwenden. Das große Format bedeckt ja den ganzen Seitenbogen. So Red.)

In **Emmendingen** fand am 7. Juni im kleinen „Drei- köpfe“-Saale eine Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins statt, in welcher Kollege Gehlen referierte. Auf der Tagesordnung stand: „Die Bedeutung der gewerkschaft- lichen Organisationen und die Einwirkung derselben auf den vertriebsfähigen Gebieten.“ Die Versammlung war von circa 60 Kollegen besucht, welche dem Lehrreichen Vortage des Kollegen Gehlen mit Aufmerksamkeit folgten und ihm am Schluß großen Beifall zeigten. Mehrer brühte sich besonders über die Notwendigkeit der Organisation aus und appellierte an das Ego- und Solidaritätsgefühl der Anwesenden. Eine

Diskussion fand statt. Am Schluß der Versammlung wurden noch fünf neue Mitglieder aufgenommen.

Am Sonntag, den 8. d. M., tagte im Lokale des Herrn Andr. Maack in **Salzke** eine Versammlung der Mauerer des Zweigvereins **Reinholdshausen**. In derselben wurden die traurigen Lohnverhältnisse auf der Saarbräckerstraße (88 pro Stunden- lohn) zur Sprache gebracht. Der Vorgesessene, Kollege Koch, rügte scharf die Rauberei der dort arbeitenden Kollegen, weil sie noch nicht an die Fabrikation herantreten sind und bessere Löhne gefordert haben. Es soll zu diesem Zwecke am Montag, den 16. d. M., eine Besprechung der dort ar- beitenden Kollegen stattfinden, um eventuell Stellung da- gegen zu nehmen. Hierbei stellte sich nun auch heraus, daß in Salzke und Westerhüsen kein größeres Lokal zu Veram- mlungen zur Verfügung steht. Es ist seitens des Vertrauens- mannes des Zerstern bei Herrn Meber (Gasthof „Zum weißen Hirs“) in Westerhüsen angefragt worden, ob er nicht gewillt ist, sein Lokal jeder Partei zu öffentlichen Ver- sammlungen zur Verfügung zu stellen. Außerdem nun bei Herrn Meber anwesende Arbeiter bezeichnen, sieht sich derselbe doch nicht veranlaßt, den Arbeitern sein Lokal zu Versammlungen frei zu geben. Es wurde nun einstimmig beschlossen, nicht mehr in Lokalen zu verkehren, die nicht zu Versammlungen zur Verfügung stehen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Koch, worin die Mitglieder auf- gefordert wurden, tüchtig für die „Volksstimme“ zu agi- tieren und diese zu führen, ebenso für die politischen Organi- sation anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen. Nach Schluß meldeten sich dann noch einige Kollegen zur Auf- nahme in den Streikverein.

Eine sehr interessante öffentliche Bauhandwerkerversammlung war in **Reinholdshausen** am Seiten des Gelellenausschusses am Sonntag, den 1. Juni, einberufen worden. Der Zweck dieser Versammlung war: Gründung eines Ortsvereins. Von Seiten des Gelellenausschusses sprach der Mauerer Bül in wenigen Worten für die Gründung eines Ortsvereins. Die Arbeiter sollten wenigstens wissen, wo ihre Gelellen hin- kommen, denn von den Verbänden hätten sie doch nichts, während das Geld im Ortsverein sicher angelegt wäre. Es sprach hierauf der Führer des Hirsch-Düsseldorfer Vereins und empfahl in seiner Rede den Anschluß an seine Gemein- schaft; diese besahe schon seit einer Reihe von Jahren und habe auch die ansehnliche Mitgliederzahl von 18 Mann bereits erreicht. Wenn man dieses nicht wollte, dann sollte man sich der Berliner Gewerkschaft anschließen. Der Zweigverein **Reinholdshausen** des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands war sehr zahlreich vertreten und es meldete sich hierauf der Vorsitzende desselben, Kollege Wehmer, zum Wort. Derselbe beleuchtete in längerer Rede Zweck und Nutzen jeder Organisation und wies nach, was mit den „Arbeitergelellen“ geschehe; er und seine Kollegen seien vollständig mit ihrer Organisation un- zufrieden und kämen sehr gut damit aus. Mehrer wandte sich dann an den Gelellenausschüss und forderte ihn auf, in erster Linie Farbe zu bekennen und klarzulegen, welche Ziele der neue Verein erstrebe. Wenn dieses nicht geschehe, so müsse er, Mehrer, annehmen, daß die Gründung des neuen Vereins nur beabsichtigt sei, die Gelellen zu schädigen. Wollte man wirklich etwas leisten und den Arbeiter in die Höhe bringen, so sei es die erste und beste Aufgabe, sich der Zentralisation anzuschließen, denn nur diese führe zum Ziele und zur Ver- besserung der Lage der Gelellen. Nachdem Mehrer unter allgemeinem Beifall der Versammlung beendet hatte, folgte eine kleine Pause, in welcher der Vorsitzende des Gelellenausschusses bei den Anwesenden hauffen ging, um Mitglieder für den neuen Verein anzuwerben. Es fanden sich auch wirklich, außer den drei Vorstandsmitgliedern, noch drei Mann, welche sich in die Liste einzelnordneten. Auffallend war es, daß die Herren den Zentralverbanden die Liste nicht vorlegten. Nach der Pause erging nochmals der Führer der Hirsch-Düsseldorfer, Mauerer Winkel, das Wort, um zu sehen, ob man auch noch für seine Vereinigung etwas zu gewinnen sei. Er hatte, damit aber kein Gild. Kollege Wehmer forderte nochmals zum Eintritt in die Zentral- verbande auf und brachte zum Schluß ein dreifaches Hoch auf dieselben aus. Hierauf schloß der Vorsitzende des Gelellenausschusses, Gehlen, die impotente Versammlung.

Am 30. Mai fand in **Elfenhofs** Lokal in **Mühlhausen** i. d. die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher der Kollege Göthe mit Majorität wegen Schulden ausgeschlossen wurde. In „Reinholdshausen“ beantragte Kollege König, Bau- delegierte zur Revision der Mitgliederbücher zu wählen. Dieser Antrag wurde angenommen und dann die Versammlung ge- schlossen.

Eine ständige Anzahl Mauerer hatte sich am Sonntag, 8. Juni, im „Elfenhof“ zu **Reinholdshausen** versammelt, um außer der Regulierung der Verbandsschäfte den Vortrag des Kollegen Kriese-Eßling zu hören. Kollege Kriese sprach über: „Der Zweck und Nutzen des Mauererverbandes.“ In der Hand eines ausgiebigen Materials führte er den Verammelten den durch den Verband zu erzielenden Nutzen der Einigkeit und Solidarität vor Augen. Der Referent wies besonders darauf hin, welche definitiven Nutzen die Organisation in der Ge- schäftslaufe zeitige, wie nur die bestimmte Einigkeit der Kollegen in solchen Zeiten das Trüben der Löhne bereiten könne. Nach einem kräftigen Appell zum Beitritt schloß Kriese seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Als zweiter Mehrer verlies der Genosse Weber darauf, daß sich die Arbeiterklasse nicht nur gewerkschaftlich, sondern vielmehr auch politisch organisieren müsse, um die durch den gewerkschaftlichen Kampf erzielenden Vorteile durch die politische Vertretung der Arbeiterklasse – die Sozialdemokratie – festlegen zu lassen, um der verzögerten Arbeitszeit und erhöhten Lohnstufe Gesellschaft zu verschaffen. Mehrere Kollegen führten Wünsche verschiedener Gelellensorte, gleich- zeitig den Wunsch auszusprechen, daß diesem im Zukunft ab- geholfen werde. Am Punkt „Rostlandbau“ wurde, da der bisherige Vorsitzende aus gewissen Gründen sein Amt nieder- legte, der Kollege Gustav Julewski gewählt. Kollege C. Grabowski bescheidet von jetzt ab das Amt des zweiten Vorsitzenden. Die Tagessatzung bescheidet Kollege Paul Grabowski. Einem, Hauptsaatz 25, wofürhaft. Nachdem Kollege Kriese-Eßling noch einige anfeuernde Worte an die Versammelten gerichtet und dem neuen Vorstand zu seinen Funktionen alles Gute gewünscht hatte, und im Punkt „Reinholdshausen“ ein Verlangen, welches am Sonntag, den 22. Juni, stattfinden soll, beschlossen worden war, wurde die Versammlung mit einem tüftischen Hoch auf den Zentral- verband der Mauerer geschlossen. – Die Versammlungen

Aus anderen Berufen.

* Die **Stattutur** in Chemnitz sind in einen Ausnahmefall eingetreten. Am 1. April sind in diesem Geschäft etwa 30 Gehilfen, die sämtlich der Organisation angehören, infolge dessen wird der Kampf nicht von langer Dauer sein, wenn der Zugang ferngehalten wird.

Die Lohnbewegung der Statutur in Plauen i. S. ist nach einigen Tagen zu Gunsten der Arbeiter erledigt worden.

* Der **Verband der Eisenarbeiter** war mit seinen 43 Delegierten in Leipzig. Das Vermögen des Verbandes betrug 43.019. Die Streiks kosteten 64.239; für Reiseunterstützung wurden 14.900 verausgabt, für Gemeindegeld 1.202, an Umlagen und Gerichtslosten 1.400. Die Statistik des Verbandes der Eisenarbeiter eine sehr gute, die statistisch dazu führte, daß eine Kontrollkommission eingesetzt wurde, die neben den Verbandstagen die oberste Instanz sein soll. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt wegen der zur Zeit ungünstigen Verhältnisse, dagegen wurde die Einführung einer Krankenunterstützung beschlossen, ferner soll für die Arbeitslosenunterstützung an Stelle der Kilometerberechnung die Gewährung von Tagegeldern treten und zwar pro Tag mit 60 % auf die Dauer von 60 Tagen. Für die Beitragszahlung werden zwei Klassen geschaffen mit 40 % bzw. 60 % Wochenbeitrag; in der ersten kommen diejenigen, welche 20 und darunter pro Woche verdienen, in die zweite die höher Entlohnerten. Der Verband führt fortan den Titel: Zentralverband der Eisenarbeiter Deutschlands. Der Kongress erklärt sich mit der Beamtenversicherung einverstanden. Der Sitz des Verbandes wurde von Riga nach Leipzig verlegt und die bisherigen Beamten nicht wieder gewählt.

* Der **Verband der Schneider und Schneiderinnen** hatte im Jahre 1901 eine Gesamtmitgliedschaft von 1.160.233.44. Davon entfielen auf Eintrittsgelder 6.211.30, Beiträge der männlichen Mitglieder 1.105.185,90, Beiträge der weiblichen Mitglieder 2.466.90, Entlohnungen 1.145.81, Fondsarbeiten 8.035,95, Malate 90,60, Protokolle 2.23,90, Broschüren 8,05, Zinsen pro 1900 1.154, Zinsen 74,20. Am Schluß des Jahres 1900 war ein Kassenzustand von 91.245,30 vorhanden, so daß sich die Bruttoeinnahme auf insgesamt 1.251.473,74 beläuft. Die Ausgabe betrug 1.720.063,18. An größeren Ausgabenposten sind zu verzeichnen: „Auszahlung für Schneider“ 2.632,09, „Konfektionsarbeiter“ 716,09, „Reiseunterstützung“ 1.230,68, „Krankheitsunterstützung“ 12.405,69, „Streikunterstützung“ 62.144,65, „Kantinen“ 814,05, „General-Kommission“ 2.204,08, „Verwaltungsmaterial“ 1.636,79, „Broschüren“ 8,05, „Schulung des Gemeindevorstandes“ 4.189,05, „Porto“ 1.011,48, „Schüler und Auszubildende“ 4.569,95, in den Filialen verbleiben 41.119,04 und der Rest verteilt sich auf kleinere Ausgaben. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schluß des Jahres 79.415,66, war also um 11.829,74 kleiner als am Anfang des Jahres. Der Verband hatte am Schluß des Jahres 250 Filialen und 15.989 männliche und 704 weibliche Mitglieder. An Beitragsrückständen waren 1.250,57 zu verzeichnen. Davon entfielen 12.496 Beiträge auf männliche und 83 Beiträge auf weibliche Mitglieder.

* Der **deutsche Buchbinderverband** hat zum zweiten Mal seinen Geschäftsbericht in einer statisch ausgestatteten Broschüre herausgegeben. In einer Reihe kleinerer Abzüge tritt uns hier die Betätigung der Organisation der Augen. Querschnitte finden die Lohnbewegungen, Beschlüsse und Tarifdifferenzen eingehend Erwähnung, dann folgt eine kurze Übersicht über die Tätigkeit der Gewerkschaften, ein ausführlicher Bericht von der Gründung des Buchbinderverbandes und eine Zusammenfassung über die Mitgliederbewegung. Der durchschnittliche Mitgliederbestand für 1901 betrug 9.771, der Verband hat sich demnach trotz der Krise gut entwickelt, auch scheint die Situation der Mitglieder, die sonst sehr stark herunter, etwas nachgelassen zu haben. Die Gesamtmitgliedschaften der Hauptstelle betragen sich auf 168.961,63, die Gesamtmitgliedschaften auf 113.040,73. Unter den letzteren beanspruchte die Arbeitslosenunterstützung den Hauptanteil, nämlich 1.37.753,30, gleich 22,4 p. h. der Gesamtmitgliedschaft. Die Summe stieg gegenüber dem Vorjahre um mehr als das Doppelte, um fast 20.000. In weiteren Ausgaben haben wir hervor 19.204,41 für das Verbandsorgan, 6.603,59 für Gemeindegeldunterstützung, 1.913,37 für Streikunterstützung, 1.600 für andere Organisationen, 1.998,92 für Rechtschutz und Gerichtslosten, 11.534,76 für persönliche und sachliche Verwaltungskosten usw. Das Vermögen des Verbandes stieg auf 1.159.702,34, d. i. pro Mitglied ein Vermögensanteil von 19. Anerkennungswert ist, daß der Vorstand die Gleichhaltung der Broschüren in Form und Ausstattung durchführt, was man in gleichen Fällen bei anderen Organisationen oft vermißt.

* **Ueber die Lage der Kupferindustrie Deutschlands** hat der Vorstand des Unterhändlervereins der Kupferindustrie auf Grund von statistischen Erhebungen eine Broschüre herausgegeben. Die Erhebungen erstrecken sich aber nur auf 711 Betriebe, wiewohl mindestens über 3500 vorhanden sein sollen. In den 711 Betrieben waren 3237 Gehilfen beschäftigt, wovon 2395 organisiert waren. Vorwiegend herrscht noch die 10stündige Arbeitszeit, in 64 Betrieben die 11stündige, in 3 die 12stündige und in 3 Betrieben ist die Stundenzahl ungewiß. Löhne wurden von 20 % an bis 70 % pro Stunde ermittelt. Die Zahl der Belegschaften betrug 911; die meisten waren in den Kleinstbetrieben beschäftigt.

* **Ausland.** Die **Ausperrung im Baugewerbe Schweden**. Der Streik der Baugewerkschaften und Arbeiter in Malmö, der am 15. April ausbrach, dauert noch immer an. Um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, suchten die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter in allen schwedischen Städten durchzuführen; es gelang ihnen jedoch nur in Malmö, Helsingborg, Kristianstad und Karlskrona. In den beiden letztgenannten Städten wurde die Arbeit nach 14tägiger Ruhepause wieder aufgenommen. In Malmö hat sich eine besondere Baugewerkschaft gebildet, deren Mitglieder die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben. Die Hauptorganisation der Baugewerkschaften, „Schwedens Baugewerkschaft“, hat aber dafür gesorgt, daß jenen Meistern keine Baumaterialien geliefert werden, so daß auch sie nicht arbeiten lassen können. — In dem Konflikt sind der schwedische Bauern- und Gewerkschaften und der Holzarbeiterverband beteiligt. Vom letztgenannten Verband allein stehen 380 Mitglieder im Kampf.

Ueber einen Kongress der spanischen sozialistischen Gewerkschaften wird dem „Bormar“ berichtet: Während das offizielle Spanien mit prunkenden Festen die Volljährigkeitserklärung Alfons XIII. feiert, hielt in Madrid die „Allgemeine Arbeiterintention“ (Union general de Trabajadores), die sämtliche sich zu den Grundgedanken der sozialistischen Partei bekennenden spanischen Gewerkschaften umfaßt, ihren siebenten Kongress ab, an dessen Beratungen sich 96 Delegierte, die 32.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertraten, teilnahmen. Der wichtigste Punkt der Verhandlungen betraf die „Streikfrage“. Die Verhandlungen hierüber endeten mit Annahme einiger Vorschläge, die als Vorbedingung für die Erklärung eines Angriffsstreiks die vorherige Anrufung bestimmter, sich nach der Größe der betreffenden Vereine richtender Geldmittel sowie eine gewisse Vorbereitung, die eine einheitliche Aktion sichert, fordern. Weiter wurde beschlossen, den Kampf für diehebung der Lebenslage der Landarbeiter nicht nur auf jene Kategorie der ländlichen Arbeiter zu beschränken, die für Geldlohn arbeiten, sondern auch für jene Ausbeuteten einzutreten, die in anderer Weise entlohnt werden (Kleine Heilpächter usw.). Sodann wurde beschlossen, einen Delegierten zum Kongress der deutschen Gewerkschaften nach Stuttgart zu schicken und gegen das Verbot angrifflicher Behörden gegenüber streikenden Arbeitern — es handelt sich um die Bergarbeiter von Wieritz und die Arbeiter eines Explosivstofffabrikanten Werkes bei Cöthen — zu protestieren. Wie Godrunen auf den allgemeinen Arbeiterverband und die Solidarität der Arbeiter aller Länder schloß der Kongress, der durch seinen Verlauf den Gewerkschaften neue Anhänger werben wird.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1901.

Zum ersten Male veröffentlicht die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands in ihrem „Correspondenzblatt“ Nr. 22 eine durch besondere Fragebogenrechnung aufgenommene Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle für das Jahr 1901, die nahezu die gesamten bestehenden Kartelle umfaßt. Frühere Zusammenstellungen des statistisch verwertbaren Materials aus den Jahresberichten der Kartelle beschränkten sich nur auf einen kleinen Kreis derselben (1896 = 70, 1900 = 90) und ließen jede Einseitigkeit sowohl hinsichtlich des Zeitraumes der Berücksichtigung, als auch der unvollständigen Angaben vermieden. Die vorliegende Statistik ist zwar auch noch nicht völlig frei von diesen Mängeln, da sie mit der langjahren Anpassungsfähigkeit zahlreicher Kartelle zu rechnen hatte, sie ist aber dem Ziel einer vollständigen und einheitlichen Jahresstatistik, wie sie für die Zentralverbände bereits seit einem Jahrzehnt durchgeführt ist, um ein gutes Stück näher gekommen.

Von 365 im Vorjahre nachweisbar bestehenden Kartellen, von denen jedoch 12 am Schluß des Berichtsjahres theils eingegangen, theils verfallen waren, sind 319 an der Statistik beteiligt, so daß diese von den 353 verbleibenden Kartellen rund 90 p. h. umfaßt. Ein erfreulicher Anfang! Unter den nicht beteiligten 34 Kartellen befindet sich nur ein einziges größtstädtisches (Barmen) und neun mittelstädtische (Worm, Rieg, Koburg, Jüngerode, Grünberg, Langenberg, Plauen, Saarlouis und Wolfenbüttel); die übrigen sind Kartelle in kleinen und ländlichen Orten, deren Gehalt den Wert der Statistik wenig beeinflusst.

Ueber das Jahr der Gründung liegen Angaben von 305 Kartellen vor.

Darnach entstanden von diesen Kartellen im Jahre:

1887.....	2	1892.....	22	1897.....	22
1888.....	—	1893.....	83	1898.....	26
1889.....	3	1894.....	17	1899.....	38
1890.....	10	1895.....	23	1900.....	29
1891.....	20	1896.....	28	1901.....	32

Die ältesten der jetzt bestehenden Kartelle sind die zu Heilbronn und Mainz (1887) sowie zu Berlin, Schwerin und Weimar (1889), während im letzten Jahre des Ausnahmegerates nach die Kartelle zu Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Cuxhaven, Elberfeld, Göttingen, Mannheim, Offenbach und Tübingen entstanden.

Indes darf aus dem jugendlichen Alter mancher Kartelle nicht geschlossen werden, daß das örtliche Zusammenwirken der Gewerkschaften erst vom Zeitpunkt der Kartellgründung ab datiert; ein solches bestand vielmehr schon viel früher, wenn auch in der losen und unbeständigen Form, und schon im Jahre 1873 fanden in Hamburg monatliche Bevollmächtigtenkonferenzen der Gewerkschaften statt, um die gewerkschaftliche Agitation zu fördern, planmäßig Streikmittel zu beschaffen und das Herbergs- und Arbeitsnachweiswesen zu regeln. In Berlin wurde im Jahre 1892 ein Generalcomité der Gewerkschaften gegründet, das später verfallen ist, während die Gewerkschaftskommission erst 1899 organisiert wurde. In Magdeburg trat das Kartell formell erst 1901 in's Dasein, während dort seit 10 Jahren bereits ein gemeinsames Arbeitsnachweis- und Beschäftigungsbüro der Gewerkschaften bestand. Vereinigungsgeliche Schwierigkeiten, schon vorberührender Überwindung der Verwaltungen, häufig auch der primitiven Natur der gemeinsamen ökonomischen Aufgaben hielten vielerorts die Gewerkschaften davon ab, den Kartellen eine dauerhafte Organisation und geregelte Finanzverwaltung zu geben. Auch heute ist die Organisation noch keineswegs eine einheitliche. Von den 319 Kartellen sind nur 181 als Verein konstituiert, während die übrigen als örtliche Kommissuren der Gewerkschaften wirken.

Daß die Kartelle in der Hauptlage Vertretungen der Interessierten zentralisierter Verbände sind, ergibt sich daraus, daß 293 Kartelle überhaupt nur solche zur Vertretung ausstatten, während 62 zwar lokale Fachvereine aufnehmen, aber nur 25 Vereine dieser Art umfassen. In vier Kartellen sind auch fremde Gewerkschaften, theils Kirch- und Dunder'sche Gewerksvereine, theils sogenannte unabhängige Gewerkschaften, vertreten.

Die Beiträge werden in 200 Kartellen nach statistischen Jahreszahlen, in sieben durch Umlagen erhoben, während bei neun nur freiwillige Beiträge erhoben werden. Die übrigen haben keine feste Regel dafür, und nur ein Kartell (Weissenau) erhebt überhaupt keinen Beitrag.

Die festen Jahresbeiträge der 290 Kartelle werden in den meisten Fällen pro Kopf der Mitglieder berechnet; nur drei Kartelle erheben bestimmte Basisbeiträge und ein Kartell einen gewissen Prozentanteil der Beitragsbeimahme der Gewerkschaften.

Die Höhe der regelmäßigen Beiträge pro Kopf der Mitglieder und pro Jahr beträgt:

unter 10 % bei 4 Kartellen	60 % bei 40 Kartellen
10.....	14.....
11-19.....	12.....
20.....	102.....
21-39.....	18.....
40.....	81.....
41-59.....	6.....
	130.....

Die Höhe der Beiträge ist natürlich abhängig von der Zahl der Beitragenden; sie kann geringer sein in Großstädten; sie wird wachsen bei kleinen Gewerkschaftsgruppen, bei denen neben der geringeren Mitgliederzahl die Unmöglichkeit, gewisse Aufgaben (Agitation, Bibliothek, Rechtsauskunft, etc.) aus eigenen Kräften zu lösen, in's Gewicht fällt. Der Kreis der gemeinsamen Aufgaben erweitert sich, je weniger die Gewerkschaften aus eigenen Kräften zu leisten im Stande sind. Kommen für die kleineren Kartelle noch außerordentliche Kalamitäten hinzu, wie das Fehlen von Vereinen und Verarmungslokalitäten, so werden Mittel notwendig, die enorme Ansprüche an die Opferwilligkeit der angeschlossenen Gewerkschaften stellen und diesen in ihren zentralistischen Verpflichtungen leicht hinderlich werden können. Hierin eine gerechte Grenze zu finden, muß dringende Aufgabe der Kartellleiter sein, da eine unerträgliche Belastung der Gewerkschaften schließlich den Zusammenhang des Kartells selbst gefährden kann.

Andererseits haben großstädtische Kartelle Arbeitersekretariate und andere Einrichtungen von hohem Werte geschaffen, die große dauernde Opfer erfordern; daher bei ihnen Jahresbeiträge von 60 % und aufwärts zu finden sind. Lebensfalls bedarf die Einrichtung von Institutionen, die dauernd hohe Kosten verursachen, der ernstesten Vorberatung und des Einverständnisses aller beteiligten Organisationen, denn wichtiger als solche Einrichtungen ist wohl der sichere und ungeprüfzte Bestand der Kartelle selbst, und das beste Sekretariat wäre zu teuer erkaufte, wenn es den Reim der Bestürzung in das Kartell hineinbringt.

Vor Allem ist aber jede Besteuerung der Gewerkschaften dringend zu meiden für Jüde, die nicht in engerem Sinne Aufgaben der Kartelle, sondern der Gewerkschaften selbst sind, wie zur Unterstützung von Streiks und Ausperrungen. Dieser Mittel aus der Kartellkasse zu verwenden, sollte in der Regel ausgeschlossen sein, besonders, soweit es sich um die Unterstützung auswärtiger Streiks handelt. Aber auch für lokale Streiks sind die Mittel des Kartells nur in außerordentlichen Fällen in Anspruch zu nehmen, und eine direkte Beschaffung der eigentlichen Aufgaben der Kartelle muß in der häufigsten Besteuerung der Mitglieder (seits der Kartelle zu Streikzwecken) erledigt werden, da diese Steuern die Schaffung beruflicher Streikfonds hindern und dem Kartell die Mittel für seine eigentlichen lokalen Jüde entziehen. Die Streikunterstützung wird besser durch Umlagen und Zuschüsse besonderer Streikämtern nach Bedürfnis sowie durch Sammlungen gedeckt, die im Moment des Bedarfs auch ergebiger sind. Rügt sich auch gegen gelegentliche Zuschüsse aus der Kartellkasse dann nichts einwenden, wenn Mittel genug vorhanden, so ist die Erhebung hoher Beiträge sicherlich nicht durch ein hohes Streikbudget des Kartells zu rechtfertigen.

Der Umfang der Kartelle.

Die Gesamtmitgliedschaft der in den 319 Kartellen vertretenen Organisationen beträgt 3995. Dabei sind mehrere Vertretungen des gleichen Verbandes (Sektionen und Vorortsgruppen) stets als eine Vertretung gerechnet. Die Kartelle weisen folgende Größengruppen auf:

61 Kartelle zählen.....	1-5 Organisationen
118.....	6-10.....
68.....	11-15.....
33.....	16-20.....
28.....	21-30.....
10.....	31-40.....
6.....	41-50.....
5.....	über 50.....

Die meisten vertretenen Gewerkschaften zählen die Berliner Gewerkschaftskommission (70) sowie die Kartelle zu München (60), Dresden (53), Nürnberg (57), Hamburg (53), Breslau (45), Bremen (45), Stuttgart (42), Halle (41), Solingen (41) und Frankfurt a. M. (40).

Von lokalen Fachvereinen wurden nur 58 in 28 Kartellen gezählt, davon allein 28 in Solingen. Eine Ausnahme an Organisationen weisen 116, eine Ausnahme 98 (meist kleine) Kartelle auf, während 78 den alten Stand beibehielten, 32 erst im Berichtsjahre entstanden und von den übrigen keine Angaben vorliegen.

Die Gesamtmitgliedschaft der vertretenen Mitglieder betrug bei 319 Kartellen 481.718. Vergleichbare Zahlen für das Vorjahr liegen für 234 Kartelle mit 432.784 vertretenen Mitgliedern vor, deren Mitgliederzahl im Jahre 1900 nur 429.079 betrug. Es ist also eine geringe Zunahme im Ganzen zu verzeichnen; im Einzelnen weisen 117 Kartelle einen Zugang, 108 eine Verminderung an vertretenen Mitgliedern auf, während fünf stabile Verhältnisse angeben. Die Mitgliederzahl der lokalen Fachvereine betrug nur 10.672, wovon 6676 auf das Solinger Kartell entfielen.

Nach Mitgliederzahlen gruppiert sich die Kartelle in folgender Weise. Es zählen:

12	Karteile bis zu	100	Mitgliedern
50	"	101 - 200	Mitgliedern
42	"	201 - 300	"
42	"	301 - 500	"
66	"	501 - 1000	"
65	"	1001 - 2500	"
15	"	2501 - 5000	"
12	"	5000 - 10000	"
5	"	10000 - 25000	"
2	"	über 25000	Mitglieder.

Die meisten Mitglieder umfassen die Berliner Gewerkschaftskommission (71.827), sowie die Kartelle zu Hamburg

